

Positionspapier

Zukunft der Pflege(versicherung)

Oberbergischer Kreis

Eingereicht durch das Pflegenetzwerk Oberberg e.V. (P.NetO e.V.).

Am 18.11.2025 trafen sich im Oberbergischen Kreis Träger, Einrichtungen, Pflegekräfte, Politik und Wissenschaft im Zuge der Veranstaltung „P.Neto fragt nach“, um die geplanten Reformen des SGB XI zu erörtern.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist vorgesehen, die strukturellen langfristigen Herausforderungen in der Pflege und der Pflegeversicherung mit einer großen Pflegereform anzugehen. Ziele sollen die nachhaltige Finanzierung und Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung, sowie die Stärkung der ambulanten und häuslichen Pflege sein.

Diskutiert wurden die Thesen aus „Reset Pflegeversicherung – Strukturreform PFLEGE UND TEILHABE III (KDA 2025, Klie, Ranft, Szepan) und die grundlegenden Überlegungen zu einer „Modernen und verschlankten pflegerischen Versorgung“ (Rappenhöner 2025).

Das folgende Positionspapier umreißt die erörterten und abgestimmten Stimmen und Forderungen der Teilnehmenden, um die Förderung präventiver, kurativer und palliativer Pflege, insbesondere auch im häuslichen Umfeld, mit dem Ziel einer hohen Lebens- und Versorgungsqualität in der Region zu optimieren.

Der Oberbergische Kreis befürwortet und setzt sich aktiv für folgende Positionen und strategischen Umsetzungen ein:

1. Kommunales Verständnis von Pflege/Pflege in der politischen und wirtschaftlichen Agenda verankern

- (1) Ein Politikfeld-übergreifendes Verständnis von Demografie relevanter Pflegepolitik soll/wird sich in allen Gremien des Oberbergischen Kreises abbilden.
- (2) Auf der kommunalen und gemeindlichen Ebene ist die Pflegepolitik als Teil der Daseinsvorsorge zu verstehen und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auszugestalten.
- (3) Pflege wird als Wertschöpfung verstanden und nicht als Kostenfaktor.
- (4) Die politische Kommunikation und Strategieentwicklung im Kreis müssen/werden Pflege als aktiv gestaltende Kraft für Lebensqualität, Gesundheit und regionale Entwicklung begreifen und sichtbar machen.

- (5) Die Unterstützung pflegender Angehöriger muss als wirtschaftsrelevante Aufgabe anerkannt und systematisch gefördert werden. Nur so kann der Wirtschaftsstandort Oberberg langfristig attraktiv und leistungsfähig bleiben.
- (6) Die Pflegebranche ist als systemrelevanter Bestandteil der regionalen Infrastruktur in politischen Gremien und in der Wirtschaftsförderung dauerhaft zu berücksichtigen.
- (7) Die politischen Entscheidungsträger im Kreis sind aufgefordert, durch gezielte Initiativen entbürokratisierte, verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Leistungs-, Qualitäts- und Vergütungsvereinbarungen in der Pflege zu schaffen.
- (8) Die politische Verantwortung für die Pflege ist in Bund und Ländern neu, nachhaltig und entsprechend der demografischen Entwicklung zu verorten.

2. Zugang zum Leistungssystem

- (1) Menschen im Oberbergischen Kreis erhalten ein umfassendes Assessment- und eine detaillierte Beratung und werden hierbei durch eine pflegfachliche Begleitung unterstützt.
- (2) Die pflegfachliche Begleitung sowie die sozialräumlichen und assistierenden Angebote sind im Sinne einer „Beratung aus einer Hand“ zu verzahnen und durch gemeindenaher Beratungsstrukturen von primär ambulanten Pflegeanbietern und unterstützend durch Kassen, Medizinischen Diensten und Kommunen zu gewährleisten.

3. Pflegeprofessionen gezielt weiterentwickeln

- 1) Pflegefachpersonen kommt eine erweiterte Rolle im Zugang und in der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen zu. Dazu gehört auch ihre Verantwortung der Pflegeprozessesteuerung, wie auch ihre Ausübung von Heilkunde resp. ihre Übernahme von Therapieprozessverantwortung leistungsgesetzlich in den Sozialversicherungsgesetzbüchern V und XI und anderen.
- 2) Der Oberbergische Kreis spricht sich dafür aus, dass Pflegefachpersonen entsprechend ihrer Qualifikationen den Beruf eigenverantwortlich ausführen können und leistungsgesetzlich autonom bei Kostenträgern Berücksichtigung finden.
- 3) Der Oberbergische Kreis soll Modellregion für die Ausweitung pflegerischer Kompetenzen werden. Politische Unterstützung ist notwendig, um Pflegefachpersonen heilkundliche Aufgaben und z. B. die Feststellung der Pflegebedürftigkeit nach § 18 SGB XI – rechtssicher zu übertragen und den präventiven Auftrag von Pflege strukturell und regional zu verankern.

- 4) Angestrebt werden pflegefachliche Versorgungszentren, die von Pflegefachpersonen geführt werden und wo pflegefachliche präventive, beratende und gesundheitsfördernde Kompetenzen umgesetzt werden.
- 5) Angestrebt und befürwortet wird auch die Umsetzung von Schoolnursing im Schulsystem.
- 6) Es bedarf einer politischen Initiative zur Standardisierung, Beschleunigung und Vereinfachung der Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Pflegekräfte im Oberbergischen Kreis.
- 7) Die Politik im Oberbergischen Kreis wird aufgefordert, Bildungspartnerschaften aktiv zu unterstützen, um überbetriebliche Praxisanleitung sowie berufliche und akademische Qualifizierungen auszubauen.

Die finanzielle Tragfähigkeit der Pflegeversicherung

1. Der Oberbergische Kreis befürwortet, dass finanzielle Mittel der Pflegeversicherung in präventive Gesundheitsförderungen und die Beratungsleistung der ambulanten Pflegedienste fließen.